

# Freie Presse

Bezugspreis: Die siebengesetzte Sonntagszeitung 20 Pf. — Ausland 50 Pf.  
Die viergesetzte Wochenzelle 2 Mf. — Für Wahlvorschriften Sonderausgabe  
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet  
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 5 — Wart  
bei Postverkauf Mf. 1,75 bzw. Mf. 7 —

Nr. 185

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

## Die kritische Lage in Frankreich.

### Erste Zusammenstöße.

Aus Paris wird gemeldet: Der Ministerrat hat beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den angefangenen Generalstreik für den 21. Juli zu verhindern. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat an die Angestellten der Post, Telegraphen- und Telephonverwaltung einen feierlichen Aufruf erlassen, worin den Angestellten versprochen wird, daß die Regierung ihnen in kürzester Zeit ihre berechtigten Wünsche erfüllen werde. Die Regierung könnte jedoch nicht zugeben, daß das Personal einen für das öffentliche Leben unentbehrlichen Dienst auch nur einen Augenblick läßt. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat an die Eisenbahner einen Aufruf erlassen, worin er ausspricht, daß ein Generalstreik im Augenblick der Demobilisierung und des Wiederaufbaues des Landes ein Verbrechen sei.

Dem "Daily Telegraph" zufolge werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsaß-Lothringen, Turin und Alger keine Züge verkehren. Auch die Post- und Telegraphenangestellten werden in den Ausland treten, um damit gleichzeitig gegen die Teuerung und die Regierungspolitik zu protestieren. Ferner werden auch die Bau-, Metall-, Ofen- und Bergarbeiter an den Ausland teilnehmen.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten legte dem Ministerrat den Text eines Appells an die Eisenbahner vor. Angehörige der unter den Fahnen stehenden Klassen, die ihren Posten verlassen, werden den Militärböhrden zwecks Rückkehr zur Truppe zur Verfügung gestellt oder gemäß dem Dekret vom 22. Juni 1914 disziplinarisch bestraft werden. Angehörige der demobilisierten Klassen können gemäß dem Gesetz vom Jahre 1877 vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Minister rechnet auf das Pflichtgefühl der Eisenbahner, um nicht zu Zwangsmassnahmen greifen zu müssen.

In ähnlicher Weise wendet sich Handelsminister Clementel an das Post- Telegraphen- und Telephonpersonal, wobei er betont, daß eine Einstellung des Dienstes als Verlassen des Postens werde betrachtet werden.

Es ist zweifellos, daß es der französischen Regierung mit diesen Maßnahmen Ernst ist, aber ebenso Ernst ist es auch den Gewerkschaften. Der Erste Sekretär der Allgemeinen Arbeiterkongregation, Leon Jouhaux, hat erklärt:

"Die Kundgebung vom 21. Juli wird eine Wiederholung jener vom 1. Mai sein, aber in unvergleichlich größerem Umfang." Es dürfte viele Tote und Verwundete geben, da die Regierung 100 000 Mann aufgeboten hat, um Ausschreitungen zu verhindern. Die Regierung bietet alles auf, um Herrin der Situation zu bleiben, sie ist jedoch fast täglich genötigt, Zugeständnisse zu machen, um die immer wieder auftauchenden Arbeitsstörungen zu beheben.

Der Ausland der Kaffeehausangestellten ist allgemein geworden. Er hat bereits zu sehr ersten Zusammenstößen geführt. Gegen 7 Uhr abends zogen Tausende der Streikenden, untermischt mit Soldaten in Uniform, über die Boulevards, sangen die Internationale, brachten die Hohkraft aus auf die Sowjetrepublik und vertrieben die Spaziergänger von den Straßen.

Jedes Restaurant, das entgegen dem Streikschluß offen hatte, wurde zum Schließen gezwungen, zahlreiche Fensterscheiben eingeschlagen und die stiebtreibenden Kellner verprügelt. Im Café de la Paix wurden die Gäste hinausgejagt und alte Scheiben eingeschlagen. Die Polizei war von den Manifestanten überrascht worden und hatte keine Vorkehrungen getroffen, so daß die Streikenden, denen sich viel Gefindel anschlossen hatte, durch eine Stunde Herren der Straße waren. Es kam zu vereinzelten Plünderungen. Die französischen Soldaten bezeugten ihre Sympathien für die Streikenden und griffen nicht ein, als auch Offiziere in Uniform von der Menge verprügelt wurden.

In der Deputierterkammer wurde die immer steigende Teuerung besprochen. Der Munitionsminister Thomas wurde beschuldigt, durch die von ihm genehmigten Nieselhöhe viel zur Teuerung beigetragen zu haben. Ein Abgeordneter rief: "In den Schützengräben starben die Truppen für fünf Centimes am Tag, die Munitionsarbeiter waren in sicherer Hüt und verdienten 25 Frank täglich."

### Entente-Hilfe für Italien.

Aus Paris wird berichtet: Die Lage in Italien wird hier als sehr ernst betrachtet. Man spricht davon, daß die Alliierten möglicherweise Kriegsschiffe entsenden werden, um der italienischen Regierung in den Hafenstädten zu helfen. Bei den Unruhen in Rom wurden über zwanzig Menschen getötet und Hunderte verwundet. Es sind dort verschiedene Arbeiterkategorien in den Streik getreten, darunter die Zeitungsschreiber, so daß die römischen Zeitungen nicht erscheinen können.

In Tarent wurde der Massenausstand erklärt. Bei einer Demonstration wurden vier Arbeiter getötet und viele verwundet. In einigen Orten der Provinz Toscana ist die Ordnung noch immer nicht hergestellt. So herrscht in der Fabrikstadt Brato seit einer Woche eine Art Sowjetherrschaft.

### Die Milderung der Friedensbedingungen für Österreich-Ungarn.

Die Berliner "Post" meldet aus Lugano: "Corriere della Sera" berichtet, daß die Friedensbedingungen mit Österreich auf die letzte Note des Staatskanzlers Dr. Renner hin eine gewaltige Abänderung zugunsten Deutschösterreichs erfahren würden.

### Bewaffnete Intervention in Ungarn?

Einem stark censurierten Artikel der "Chicago Tribune" läßt sich entnehmen, daß die Alliierten zwar die Frage einer bewaffneten Intervention in Ungarn ernstlich in Erwägung zu ziehen scheinen, daß es ihnen aber offenbar schwer fällt, die dazu notwendigen Truppen aufzubringen. Das Blatt behauptet, daß der amerikanische Delegierte General Bliss gegen die Einsendung von amerikanischen Truppen ist, daß die Engländer keine Truppen schicken können und daß Pichon angesichts der Erregung, die in der Bevölkerung wegen der Demobilisierungsfrage herrscht, keine französische Unterstützung zulassen könnten. Die Italiener wollen mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben. Balfour habe, wie allgemein bekannt sei, von Lloyd George den Auftrag, ohne dessen Zustimmung keinerlei militärische Unterstützung seitens Englands zuzulassen.

"New York Herald" meldet in derselben Angelegenheit, daß bei der Beratung des Fünferates über das ungarische Problem tschechoslowakische, rumänische und jugoslawische Vertreter sowie Marschall Hoch anwesend waren. Diese drei Nationen wurden aufgefordert, binnen acht Tagen bekanntzugeben, welcher Unterstützung sie im Falle einer bewaffneten Intervention bedürfen. Auch die Frage der Befehlseinheit wurde besprochen.

Das Blatt sagt, daß die Stimme bei dieser Zusammenkunft im allgemeinen nicht optimistisch war.

### Deutsche Verfassungsfragen.

Berlin, 17. Juli. (P. A. T.)

Zu der Dienstagsitzung der Nationalversammlung wurde über die Art. 113 und 115 des Verfassungsentwurfs über die Aufhebung der Todesstrafe in Deutschland beraten. Bei der Abstimmung waren 154 Stimmen für und 139 gegen die Todesstrafe. Sodann wurde über die Befreiung beraten. Die Befreiung wird aufgehoben; es bleibt in Kraft nur die Befreiung für Kinos und für pornographische Literatur. Bei der Besprechung der Filmfrage kam es zwischen dem Präsidenten Lehmann und dem Unabhängigen Sozialisten Kohn zu einem Wortwechsel. Während der Abstimmung waren anwesende Vertreter der Dadaisten von der Galerie Flugblätter in den Sitzungssaal, in denen gegen die Nationalversammlung Stellung genommen wird.

### Die Streitbewegung in Deutschland.

Berlin, 17. Juli. (P. A. T.) In Pommern und Ostpreußen brachen Landwirtschaftliche Ausschüsse aus. Hier und da werden die Arbeiter von kommunistischen Agitatorn zur Niederlegung der Arbeit überredet.

In der gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen die Streikenden am Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen. In Berlin ist die Straßenbahn sowie die Untergrundbahn

wieder in Betrieb. Jedoch ist der Verkehr noch nicht auf allen Linien wiederhergestellt worden, da verschiedene Reparaturen notwendig sind.

### Reichstag.

78. Sitzung. 16. Juli.

In der heutigen Sitzung werden die Verhandlungen über die Budgetfrage festgesetzt.

Abg. Dąbrowski führt aus, daß unser Budget als Beweis dafür gilt, daß Polen noch nicht vereinigt ist, zumal wir in Wirklichkeit nur das Budget des ehemaligen Kongresspolens vorlegen bekommen. Das Budget ist durchweg falsch, da er die Ziffern des im April vom Ministerat angenommenen ursprünglichen Budgetentwurfs enthält. Außer diesen Ziffern gibt es neuerdings Millionen Summen, von denen der Reichstag vorläufig noch nichts weiß. Und diese Tatsache macht das eingebrachte Budget ganz verfehltes. Ferner wurden in das Budget nicht jene finanziellen Lasten aufgenommen, die in den letzten Tagen aufgetaucht sind und von welchen der Reichstag bisher noch nicht unterrichtet ist. Es sind dies folgende Lasten, von denen uns die Diplomatie Kenntnis gab: 1. Der Staat übernimmt die Kriegsschulden Österreichs in einer bisher noch unbekannten Höhe gemäß dem österreichischen Steuerabkommen; 2. Der Staat übernimmt die Lasten der Kriegsanleihe in einem Umfang, der dem Gebiete Galiziens entspricht; 3. Der Staat übernimmt die Verpflichtungen Österreich-Ungarns betreffend die Kriegsrequisitionen; 4. Der Staat anerkennt die Entbindung Österreich-Ungarns von der Zahlung der betreffenden Kriegsrequisitionen; 5. Der Staat übernimmt auf sich einen Teil der Schulden des russischen Staates. Das Budget würde dann ein ganz anderes Bild bekommen. Im übrigen ist es sehr nachlässig und nicht gewissenhaft zusammengestellt. Redner kritisiert das Fehlen einer genauen Begründung der einzelnen Positionen. Viel sehr wichtige Positionen sind nur durch ein paar Zeilen erläutert worden. Einer scharfen Kritik unterzieht Redner auch die Ausschüsse des Außenministeriums und des Ministeriums für öffentliche Gesundheit. Es sind da Millionen von Mark nutzlos vergeben worden.

Charakteristisch für die Art und Weise der Verwaltung in Polen ist der Budgetposten von 120 Millionen Mark für Polizei und Gendarmerie gegenüber dem Posten von 52 Millionen Mark für Bildungszwecke. Wir werden es, so meint Redner, so weit bringen, daß wir zum Jahresende bei der Fortsetzung einer solchen Wirtschaft Schulden von 30 Millionen Mark oder 1000 Mark pro Kopf haben werden. Es ist nötig, führt Redner aus, daß in Anbetracht all dieser Unzulänglichkeiten ein anderer Weg eingeschlagen wird, und zwar der Weg der Organisation der Politik und der allgemeinen Wirtschaft. Die Hauptaufgabe der Wirtschaft ist in der Regierung und im Reichstag ist das Fehlen einer Reichstagsmehrheit. Der Reichstag kann ohne Mehrheit aus seiner Mitte keine Regierung wählen. Redner kommt dann über die im Militär herrschenden Intrigen zu sprechen, worauf er die Niedergabe unserer Diplomatie erwähnt und auf die Entfernung von Untersuchungskommissionen aus dem Westen nach Polen zur Feststellung der Beziehungen der Polen zu den Juden hinweist. Aber für die Erfolgslosigkeit der Auslandspolitik sei die Regierung nicht allein schuld, sondern auch der Reichstag. Beide tragen die Verantwortung.

Abg. Kiernik fällt über das Budget gleichfalls eine abschlägige Kritik. Redner sei nicht über das Defizit überrascht, sondern über das Verhalten des Finanzministers, der keinen Finanzplan unterbreiten konnte, während der Finanzminister des Deutschen Reiches, der sich in weit schlimmerer Lage befindet, seinem Parlament einen genauen Finanzplan unterbreiten konnte. Die Partei des Redners habe wohl grenzenloses Vertrauen zu Herrn Baderewski und anerkannt den guten Willen der einzelnen Kabinettsmitglieder, müsse aber feststellen, daß ein bedeutender Teil des Kabinetts den Anforderungen nicht genügt. Daher könne die Partei des Redners dieser Regierung keine Vertrauensvotum erteilen und das Budget nicht gutheissen.

Die weiteren Redner, Adamski, Kamieński, Jagielski und Sieślowicz äußern sich gleichfalls gegen die Finanzpolitik der Regierung, verlangen eine Umgestaltung des Kabinetts. Die Ministerien müssen vergessen, daß sie Amtier für die Stadt Warschau sind, sondern wissen, daß sie Amtier für ganz Polen sind.

Der Marschall erklärt, daß die nächsten Redner nicht länger als eine halbe Stunde reden dürfen, worauf er mitteilt, daß von den Herren Paderewski und Dąbrowski ein Brief eingetroffen ist, demzufolge beide noch in Paris in wichtigen Angelegenheiten verbleiben müssen. Zur Unterbreitung des Friedensvertrages mit Deutschland und zur Mitteilung entsprechender Erläuterungen im Reichstag wurde Herr Prof. Wladyslaw Grabski beauftragt. Dieser Vertrag ist in englischer und französischer Sprache abgefaßt.

Die Übersetzung der Polen betreffenden Abschnitte ist bereits fertig, die Drucklegung wird aber länger dauern. Daher überweist der Marschall die Angelegenheit der Kommission für auswärtige Angelegenheiten. Es soll für die Handels- und Industriefragen, die durch den Vertrag entstehen, ein Sonderausschuß gebildet werden. Vor der zweiten Lesung des Vertrags wird jeder Abgeordnete den Text des ganzen Vertrags in Händen haben.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr nachm.

### Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Wien, 17. Juli. (P. A. T.)

Die Vorbereitungen zu der Abstimmung in Oberschlesien machen Fortschritte. Die Amerikaner sowie die anderen Delegationen hoffen, daß alle zwischen den Deutschen und Polen in Oberschlesien bestehenden Schwierigkeiten derart be seitigt werden, daß die Aufsiedlung fremder militärischer Kräfte nicht nötig sein wird. Es liegt die Annahme nahe, daß alle deutschen und polnischen Soldaten vor Beginn der Abstimmung das in Frage kommende Gebiet verlassen werden und die Entente die Möglichkeit haben wird, die örtliche Polizei zu organisieren und die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die amerikanischen und anderen Delegationen erklären in einer Sitzung des Obersten Volksrates, daß die Entente sehr ehrliche Truppen nach Oberschlesien schicken. Die Friedensdelegationen haben sich davon überzeugt, daß die Deutschen die Friedensbedingungen in ehrlicher und würdiger Weise erfüllen wollen, in dem sie die baltischen Provinzen, Oberschlesien und die polnischen Gebiete räumen lassen.

Nauen, 17. Juli. (P. A. T.)

Die endgültige Räumung der Polen zuerkannten Gebiete wird nicht früher als im August oder Anfang September erfolgen. Die polnischen Truppen rücken in diese Gebiete erst ein, nachdem diese von den letzten deutschen Soldaten verlassen sein werden. Die Stadt Thorn wird in Zukunft den Charakter einer Grenzfestung verlieren und nur 2 polnische Regimenter bekommen.

Posen, 17. Juli. (P. A. T.)

Eine besondere Delegation des Obersten Volksrates hat sich mit Dr. Laszewski heute früh in einem Auto nach Thorn begeben.

### Die Räumung des Augustowschen Kreises.

Warschau, 17. Juli. (P. A. T.)

Aus glaubwürdiger Quelle erhält die Polnische Telegraphen Agentur folgende Mitteilung: Die Deutschen erklärten dem Bürgerrat in Szwajci zu dessen größter Verwunderung, daß auf Grund eines Beschlusses der Entente die neue Demarkationslinie am Augustowschen Kanal entlang gehen wird, zu welcher Linie die Deutschen ihre Truppen zurückgezogen haben. Hierzu wurde der polnische Festungsstab von Grodno in Kenntnis gesetzt. Die Deutschen haben den Tag ihres Rückzuges nicht festgesetzt, sondern nur erklärt, daß sie sich 5 Tage nach Empfang des Befehls von der Entente zurückziehen würden.

### Aleine Nachrichten.

In Basel treffen bereits in der letzten Woche die ersten Kohlentransporte aus England ein.

Innerhalb der tschechoslowakischen Republik befinden sich 107 Filialen Wiener Banken. Ein tschechisches Blatt verlangt die allmähliche Auflösung dieser Bankfilialen.

## Lokales.

Lodz, den 18. Juli.

### Merkwürdige Zahlsymbole.

Zum Friedensschluß.

In unserer Ausgabe vom 3. Juli veröffentlichten wir einen Aufsatz aus der Feder unseres Al-Mitarbeiters, in dem darauf hingewiesen wurde, daß am Tage des Friedensschlusses genau 5 Jahre seit Ausbruch des Krieges vergangen waren. Auch in nachstehendem dem "Neuen Wieder Journal" entnommenen Artikel wird dieses festlame Zusammenstreffen gedacht. Die Schriftleitung.

Zahlsymbole hat bei den Friedensschlüssen immer eine Rolle gespielt, und auch bei der Beendigung des Weltkriegs vermag man einige sehr merkwürdige Zahlen aufzudecken. Alle auf Zahlsymbole beruhenden Prophezeiungen sind zu Schanden geworden, aber nachträglich findet man leicht unerhörte Zusammenhänge. Es ist recht sonderbar, daß auf den Tag genau fünf Jahre nach jenen verhängnisvollen Schlägen von Sarajevo, die den Weltkrieg eingeschlagen haben, die Unterschriften unter das Friedensdokument gezeichnet worden sind. Ist das nicht wie eine Fügung, wie eine Kritik des Schicksals, nicht wie ein Fingerzeig des Ewigen auf den wahren Grund des Krieges? Dass unsere Feinde den Friedensschluß bis zu diesem Tag hinausgezögert hätten, ist kaum anzunehmen. Das Schicksal hat sie gezwungen, fünf Jahre nach dem Mord von Sarajevo in den Frieden zu willigen.

Zu einem seltsamen Zahlsymptom kommt man, wenn man folgende Betrachtung anstellt: Die Schläge von Sarajevo sollen am 28. Juni drei Minuten nach 12 Uhr gefallen sein. Unterzeichnet worden ist am 28. Juni 1919 nachmittags 3 Uhr 12 Min. Von den ersten Schlägen des Weltkrieges bis zum Friedensschluß sind also verfloßen 1826 volle Tage, 3 Stunden und 9 Minuten.

Diese Zahlen — 1 8 2 6 3 9 — tragen seltsamerweise das Datum der Friedensunterzeichnung in sich, wenn man sie in anderer Reihenfolge liest: 28. 6. 19. 3 Uhr! Diese Seltsamkeit wird noch erhöht, wenn man zum Vergleich den ersten Friedensschluß mit der Ukraine heranzieht. Vom 31. Juli 14, an dem der "Zustand des drohenden Krieges" verhängt wurde, bis zum 9. 2. 18, an dem das erste Friedensdokument des Weltkrieges unterzeichnet wurde, sind 1289 Tage verfloßen. Aus dieser Zahl kann man ebenfalls das Friedensdatum herauslesen, wenn man die Ziffern umstellt und in der Reihenfolge 9 2 1 8 liest.

Die Zahl 1289 führt übrigens nah an eine andere, die im Buch Daniel 12. 12 zu finden ist. Dort heißt es: "Von der Zeit aber, da das beständige Opfer abgeschafft und der Greuel der Verwüstung aufgestellt ist, sind 1290 Tage. Selig, wer harrt und das Ende von 1335 Tagen erreicht!" Man hat daraus geschlossen, daß der Krieg im Westen am 28. März zu Ende sein werde, hat sich dabei um genau drei Monate verprophezeit. Der erste Schuß im Krieg mit Russland soll bei Eichenried am 2. August einhalb Minuten nach 1/2 Uhr früh gefallen sein. Der erste Federstrich unter das Protokoll von Brest wurde am 1. August früh eine Minute vor 2 Uhr gesetzt. Vom ersten Schuß bis zum ersten Federstrich sind also verfloßen 1286 Tage.

und nicht ganz 12 Minuten oder 30.864 Stunden 12 Minuten oder 1.851.852 Minuten (man beachte hier 851, 852!) oder 111.111.120 Sekunden. Auf eine "runde" Zahl abgerundet hat also der Krieg mit Russland 111.111.111 Sekunden gedauert!

Von der ersten Kriegserklärung (28. Juli 14) bis zu dem Augenblick, da die ersten Friedensboten zu uns kamen (28. Nov. 18 bei Lutupry), sind 1212 Tage und 12 Stunden verflossen. Am 12. 12. 16 hat nun der Kaiser zum erstenmal unseren verlorenen Feinden den Frieden angeboten. Damals hätte eine Sibylle vorhersagen können: "Der 12. 12! Das ist wohl eine schöne Zahl. Die Zwölfe ist heilig. Aber die Zeit ist noch nicht reif. Ein dunkler Punkt ist noch da. Wenn der verschwunden ist, dann erst wird der Friede kommen." Es hätte gespürt: der Friede ist nicht am 12. 12. zu uns gekommen, sondern nach 1212 Tagen. Jener "dunkle Punkt" war der — Punkt zwischen den beiden Zwölfzehn!

C. Herold.

**Besuch aus Warschau.** Gestern traf der Gehilfe des Kriegsministers, General Majewski, in Lodz ein. Er wurde von den militärischen Behörden mit General Osinski an der Spitze, Vertretern der Staatspolizei und der Kommunalbehörden auf dem Bahnhofe empfangen. Vizeminister Majewski weiltet den ganzen Tag in Lodz und reiste dann nach Czestochau weiter.

General Majewski besuchte zahlreiche industrielle Unternehmen, die für die Armee tätig sind. Außerdem nahm General Majewski an einer Sitzung des Verbandes für Textilindustrie teil. An der Beratung nahmen teil: der Kommissar des Ministeriums für Handel und Industrie Ingenieur Oskar Groß, Direktor Ingenieur Wadzynski und eine ganze Reihe von Lodzer Industriellen. Es wurden die Bedürfnisse der polnischen Heeresintendantur besprochen.

**Personelles.** Herr Pastor Dietrich hat mit Genehmigung des Warschauer Konsistoriums einen vierwochentlichen Urlaub angetreten.

**Ein Arzt gesucht.** Der Magistrat sucht zur Leitung der städtischen Entlausungsanstalt einen Arzt, der ein Monatsgehalt von 300 M. beziehen wird. Anmeldungen nimmt das Büro der Gesundheitsdeputation, Neuer Ring 1, bis zum 22. Juli entgegen.

**Das Komitee zur Stiftung der Fahne für das 28. Regiment veröffentlicht einen Rechenschaftsbericht.** Das Komitee besteht aus folgenden Personen: Frau Notar Grabowska, Frau Baronin Julius Heinzl, Frau Dr. Maybaum, Frau Meyler, Kanonikus Poplawski, Frau Przedpelska, Frau Swierczecka, Frau Dr. Stalska und Frau Kühnemann. Die Mittel zur Anfertigung der Fahne wurden durch freiwillige Spenden und durch Beiträge für die Nagelung der Fahne aufgebracht. An Spenden gingen 10 205 Mark ein. Die Nagelung erbrachte 3239 Mark. Für die Herstellung der Fahne wurden verbraucht: 6370 M. für das Pergament zur Urkunde erreicht! Man hat daraus geschlossen, daß der Krieg im Westen am 28. März zu Ende sein werde, hat sich dabei um genau drei Monate verprophezeit. Der erste Schuß im Krieg mit Russland soll bei Eichenried am 2. August einhalb Minuten nach 1/2 Uhr früh gefallen sein. Der erste Federstrich unter das Protokoll von Brest wurde am 1. August früh eine Minute vor 2 Uhr gesetzt. Vom ersten Schuß bis zum ersten Federstrich sind also verfloßen 1286 Tage.

Die Zahl 1289 führt übrigens nah an eine andere, die im Buch Daniel 12. 12 zu finden ist. Dort heißt es: "Von der Zeit aber, da das beständige Opfer abgeschafft und der Greuel der Verwüstung aufgestellt ist, sind 1290 Tage. Selig, wer harrt und das Ende von 1335 Tagen erreicht!" Man hat daraus geschlossen, daß der Krieg im Westen am 28. März zu Ende sein werde, hat sich dabei um genau drei Monate verprophezeit. Der erste Schuß im Krieg mit Russland soll bei Eichenried am 2. August einhalb Minuten nach 1/2 Uhr früh gefallen sein. Der erste Federstrich unter das Protokoll von Brest wurde am 1. August früh eine Minute vor 2 Uhr gesetzt. Vom ersten Schuß bis zum ersten Federstrich sind also verfloßen 1286 Tage.

**Die Bahn ist für das Gepäck verantwortlich.** Die überaus wichtige Frage der Verantwortlichkeit der Bahnen für Güter, die bereits von der Verkehrscommission des Reichstages behandelt wurde, ist jetzt endgültig geregelt worden. Und zwar wird nur für Gepäck, das durch Schuld der Bahndirektion verloren gegangen ist, eine Entschädigung gezahlt werden. In folgenden Fällen wird keine Verantwortung übernommen:

bei der Gefährdung der Güter infolge des Transports in offenen Waggons; bei mangelhafter Verpackung, sofern dies im Frachtbriebe vermerkt ist; bei mangelhafter Verladung; bei Transportbeschädigungen. Für Waren, die am Gewicht verlieren, tragen die Bahnen die Verantwortung für das Fehlende nach Abzug von 2% des Gewichts der flüssigen und feuchten Waren sowie von Farbholz, Rinde, Wurzeln, Tabak und sonstigen Waren. Die Entschädigung wird nach den Handelspreisen des gegebenen Artikels nicht höher als mit 150 M. für 100 kg berechnet. Das Recht auf Entschädigung erlischt nach sechs Monaten; im Falle, daß das Gewicht nicht angegeben ist, erlischt das Anspruchrecht am Tage, an welchen die Sendung zugestellt werden sollte. Die Beanpruchung einer Entschädigung muß schriftlich eingereicht werden. Für verlorengegangenes Gepäck (Bagage) hat die Bahn in einer Höhe bis zu 10 M. für das klg.

**Bücher für Arbeiterbüchereien** will der Magistrat angeschaffen. Er fordert die Büchereien um Zusendung der Listen der gewünschten Bücher auf.

**Die Zahl der Arbeitslosen in Lodz** betrug bisher 147 600 Seelen. In den letzten Tagen hat sich diese Zahl infolge der Inbetriebsetzung von Fabriken und der strengen Kontrolle um 12 000 verringert.

**Kreisversammlung.** Heute um 11 Uhr vormittags findet im Gebäude des Kommissariats, Kosciuszkoallee 14, Zimmer 84, eine Sitzung des Lodzer Kreiscommunalverbandes statt. Auf der Tagesordnung steht: Annahme des Protokolls über die 5. Sitzung; Wahl eines Mitgliedes in den Kreisausschuß; Aufsetzung des Haushaltspolitik für 1919; Beschlusssitzung über die Grundstücksteuer; Bestimmung einer Steuer für das Schichten von Bier; Bestimmung einer Anleihe für den Bau des Weges Lutomirski—Pucznew—Lucim; Wahl zweier Mitglieder und Vertreter in das Komitee der Handelsabteilung; Wahl von drei Vertretern in die Rekrutierungskommission; Wahl von Schöffen in das Friedensgericht; Wahl von vier Delegierten in das Kreiskomitee für öffentliche Arbeiten; Anträge.

**Tabakhandel.** Auf Grund der Verordnung des Finanzministeriums in Angelegenheit der Registrierung der Tabakfabriken und der Bestimmung über den Handel mit Tabakblättern macht der Vorsitzende des Finanzamtes in Lodz folgendes bekannt: Der Kleinhandel mit Tabakblättern ist verboten. Personen, die mit Tabakblättern handeln, müssen innerhalb 14 Tage ihren ganzen Vorrat an Tabakfabrikanten oder Großhändler verkaufen. Die nach diesem Termin vorgesundenen Tabakblätter werden konfisziert. Die Tabakhändler sind verpflichtet, innerhalb 14 Tage im Finanzamt den ganzen Vorrat an Zigarren, Zigaretten und Schnupftabak, der nicht verfeuert ist, anzumelden. Dieser Vorrat muß bis zum 1. September 1919 verkauft sein. Nach Ablauf dieser Frist müssen alle nichtverkauften Zigarren usw. mit Banderolen versehen werden. Zu widerhandelnde werden zur Verantwortung gezogen.

2 250 000 Mark für Lodzer Arbeitslose. Im Juni wies das Ministerium für Arbeit und öffentliche Fürsorge die Summe von 11 175 828 Mark für Arbeitslose an, darunter: für Lodz 2 250 000 M., für den Lodzer, Brzeziner und Laster Kreis 1 Million Mark, für Jawiercie 250 000 M., für den Kreis Czestochau 800 000 Mark.

**Preislisten.** Da die dem Kriegswucheramt nötigen Preislisten von den Besitzern industrieller und Handelsunternehmungen äußerst langsam eingesandt werden, wird zwecks Vermeidung zu großen Andrangs am letzten Tage folgendes verordnet: Die Preislisten und Erklärungen müssen dem Kriegswucheramt in folgender Ordnung eingereicht werden: Am 21. Juli von den I. und II. Kommissariat Wohnenden, die die Deklarationen und Preislisten bisher noch nicht eingereicht haben; am 22. Juli aus dem III. Kommissariat, am 23. — IV., am 24. — V., am 25. — VI. und VII., am 26. — VIII. und IX., am 28. — X. und XI., am 29. — XII. und XIII. und am 30. Juli aus dem XIV. Kommissariat. Die Preislisten und Deklarationen werden in der Zeit von 9 bis 1/2 Uhr entgegenommen.

**Hausindustrie.** In der Petrikauer Straße 42 wurde eine geheime Branntweinbrennerei geschlossen. Der Besitzer J. Rosenblatt (Alexanderstraße 23) wurde verhaftet.

**Der Vorfall in der Jawadzkastraße.** Wir berichteten gestern nach polizeilichen Angaben über den Vorfall in der Jawadzka. Wie wir dem "Glos Polski" entnehmen, haben sich die geschädigten Juden an den Lodzer jüdischen Reichstagsabgeordneten Dr. Rosenblatt mit einer Klage gewandt. Aus ihren Aussagen geht hervor, daß am Mittwoch um 11 Uhr früh zwei Soldaten der Hallerischen Armee an der Ecke der Jawadzka und Balonowastraße den vorübergehenden Juden: J. Schles, Glücksmann und H. Rosenblatt die Bärte abschnitten. Rosenblatt wurde dabei am Kinn verwundet und nach dem Posenanischen Hospital geschafft. Der Fleischer Stein eilte aus seinem Laden, Balonowa 21, um seinen mishandelten Glaubensgenossen zu Hilfe zu kommen. Es sammelte sich eine Volksmenge an, die den einen der Soldaten ergriff und der Polizeiwache übergab. Diese ließ ihn jedoch wieder los; ihm kamen sofort mehrere Kameraden zu Hilfe. Außer Stein, der in hoffnungslosem Zustand nach der Beszno-Kaerne gebracht wurde, wurden noch Breitstein und D. Mendecki (7 Wunden) verlegt.

Wie dem "Vollsblatt" aus Warschau gemeldet wird, hat der Klub der jüdischen Reichstagsabgeordneten wegen dieses Vorfalls beim Minister des Innern interveniert.

Während des Vorfalls verhaftete die Polizei einen gewissen Schnul Jawadzki, wohnhaft Balonowa 21, der einen Soldaten mit einem Stock schlug. Außerdem wurde eine gewisse B. Frydman verhaftet, die die Soldaten Banditen und Diebe genannt hatte.

**Drückeberger.** Vorgestern wurde in der Petersburger Straße der im Jahre 1897 geborene Eduard Wende verhaftet, der sich dem Militärdienst entzog. Bei der Verhaftung versuchte er den Polizisten mit 100 M. zu bestechen. Dem Wende wurde ein Revolver abgenommen. — Gestern verhaftete die Polizei 49 Rekruten, die sich dem Dienst entzogen.

**Die „Lodzer Freie Presse“ ist die billigste Zeitung am Platze. Helft sie verbreiten!**

### Vörters Hanichen.

Roman von W. Norden.

(72. Fortsetzung.)

Und dennoch, als Wera um sich blickte, kam ihr alles fremd und öde vor.

Sie fühlte einen Riß in ihrer Seele, einen Riß, der nie wieder heilen würde.

Was galt es ihr, daß die Schande ihres Mannes heute vor aller Welt kundgeworden war?

In ihrer Seele brannte ein tieferer Schmerz.

Sie hatte heute mehr verloren, als vielleicht das Ansehen einer Gesellschaft, an deren Achtung ihr selbst niemals viel gelegen gewesen war.

Sie selbst hatte die Achtung vor dem Manne verloren, zu welchem sie bisher emporgeschaut hatte.

Sie kam sich vor, als wäre sie bisher blind gewesen und als hätte eine rauhe Hand jetzt plötzlich die Binde von ihren Augen fortgerissen.

Sie erschrak vor dem, was sie erblickte.

Es war das Antlitz des Mannes, dem ihr Herz gehörte und den sie jetzt als einen Lügner, als einen Lügner, als einen Ehrabschneider vor sich sehen mußte.

Die Begriffe bohrten sich ihr wie glühende Peile in das Hirn, als sie diesen Erwägungen in ihrem Boudoir nachging.

Sie hatte sich gleich nach der Heimkehr dorthin zurückgezogen.

immer neue peinigende Gedanken stürmten auf sie ein.

Darum also der alte Hass zwischen dem unglücklichen Rohde und ihrem Manne!

Seine, des Grafen, Schändlichkeit war es, die Rohde mit dem Buchthause büßen mußte.

Ein heiser Zorn ergriff sie, als sie sich die Erzählung in die Erinnerung zurückrief, mit welcher Artur damals die Feindschaft Rohde's hatte erklären wollen.

Ah, der Feigling!

Was sollte nun geschehen?

Wie sollte sie länger an der Seite des Mannes leben, den sie nicht mehr achten konnte?

Eben brüllte sie über diese Frage, als die Tür geöffnet wurde.

Artur stand auf der Schwelle.

Sie rührte sich nicht.

Mit zusammengezogenen Brauen blickte sie ihm entgegen.

Ihre Züge spiegelten unsägliche Verachtung.

„Was willst Du von mir?“ kam es tonlos von ihren Lippen.

Er zog die Lippen hinter sich zu.

Zögernd näherte er sich ihr.

„Du kannst fragen, Wera? Ich dachte, nach den heutigen Geschehnissen ist eine Aussprache unmöglich.“

Wera zuckte die Achseln.

„Eine Aussprache? Vielleicht gar eine Rechtfertigung? Ich wußte nicht, was wir uns zu sagen hätten, wo doch alles so klar, ach, so schrecklich klar ist!“

Sie hatte zuerst mit eisiger Verachtung gesprochen.

Aber ihre Bemühungen, ihre Ruhe beizubehalten, waren umsonst gewesen.

Ihre Stimme brach.

Nun schlug sie die Hände vor das Antlitz und schluchzte herzerreißend.

Als aber Artur sich ihr vollends nähern und den Arm auf ihre Schulter legen wollte, sandte sie ihre Fassung wieder.

Sie ließ die Hände sinken und stieß seinen Arm zurück.

„Rühre mich jetzt nicht an! Du solltest erröten vor diesen Tränen, die ich um Deine Schande weine!“

Halb verlegen, halb ärgerlich blickte der Graf zu Boden.

„Ich weiß nicht, was Du willst?“ fragte er trocken. „Weiß Gott, wir sind doch beide keine Kinder mehr. Was geschehen ist, ist geschehen. Da daran nichts mehr zu ändern ist, möchte ich doch den Versuch machen, mich vor Dir zu rechtfertigen. Ich weiß es genau,“ fuhr er bereits zuversichtlicher fort, „daß ich heute gerade keine vorteilhafte Rolle vor Gericht gespielt habe. Ich weiß es genau, daß es jetzt in der Gesellschaft nicht gerade so schlimm ist, als es in Wirklichkeit ist. Ich möchte mal wissen, welcher Mann nicht einmal ein kleines, galantes Abenteuer in seinem Leben gehabt hätte! Wenn man alle Leute deswegen befragt wollte, so würde in den Buchthäusern längst kein Platz mehr sein. Und nun gar in meinem Falle! Schließlich handelt es sich doch nur um ein Bauernweib. Unter diesen Leuten selbst kommen ganz andere Geschichten vor. Na, und was Andere von unseren Standesgenossen mit den Töchtern und Frauen ihrer Leute vorgehabt haben, — da bin ich der reine Waisenknabe dagegen. Es kommt nur nicht immer an die große Glocke. Ein bisschen Aufsehen wird mein Fall ja wohl machen, aber deshalb ist mir doch nicht bange. Ich habe mir gedacht, daß wir auf ein Jahr oder länger nach dem Süden gehen werden. Wenn wir dann zurückkommen, ist über die Sache Gras gew

## Vereine u. Versammlungen.

Versammlung der jüdischen Kooperativen. Unter dem Vorsitz des Herrn Levi fand im Saale des jüdischen Wohltätigkeitsvereins eine Versammlung der Vertreter der jüdischen Kooperativen statt. Der Vorsitzende wies in einer Ansprache auf die schwierige Lage dieser Kooperativen hin, in denen sich ein Mangel an Lebensmitteln fühlbar mache. Es wurde beschlossen, zwei Mitglieder der Verwaltung zur Verpflegungsdeputation des Magistrats zu entsenden, um genaue Auskunft über die regelmäßige Bestellung von Lebensmitteln einzuholen.

## Neue Schriften.

Zu den Friedensbedingungen, nimmt auch die Monatschrift "Deutsche Arbeiter in Österreich" (Verlag Georg D. W. Gallwey, München) das Wort. Professor Steger bespricht die Südgrenze des deutschen Gebietes in den Alpenländern, Professor Herlauer deutschböhmische Agrarfragen, Professor Rauchberg die Statistik der österreichischen Verluste im Weltkriege nach der Nationalität. A. Lachmann und Hermann Ullmann besprechen deutschösterreichische Bildungsfragen, Franz Servais hält einen aus Deutschland stammenden Pfarrer Franz Mehner einen Nachruf, der das Leben des Künstlers liebvoll und aus innerster Kenntnis darstellt. Eine reichhaltige Rundschau einer Chronik der Ereignisse in den Gebieten des ehemaligen Österreich beabsichtigt das Heft, das außerdem durch zwei wertvolle Bildtafeln, Reproduktionen nach Werken von Franz Mehner, bereichert ist.

## Aus der Umgegend.

**Recklinie.** Landwirtschaftliche Ausstellung. Am Dienstag fand hier eine Belebung der Landwirtschaften unter Beteiligung von 8 Vertretern von 4 landwirtschaftlichen Ausschüssen statt. Nach Besichtigung mehrerer größeren Wirtschaften wurde eine photographische Aufnahme gemacht. Es fand eine Sitzung statt, in der beschlossen wurde, die Wege mit Bäume zu bepflanzen und eine Gemüse-, Bienen- und landwirtschaftliche Ausstellung zu veranstalten.

**Babianice.** Kirchliches. Am Sonntag fand um 10 Uhr vormittag in der evangelisch-lutherischen Kirche zu Babianice Gottesdienst mit Feier des heil. Abenomahls statt. Der Gottesdienst wird von Herrn Pastor J. Dietrich aus Lobs geleitet. Wie wir hören, wird der Lodzer Kirchengesangverein "Aeol" mit Gesängen an dem Gottesdienst teilnehmen.

**Deffentliche Arbeiten.** — Falsche Geldscheine. Die vom Magistrat unternommenen öffentlichen Arbeiten sind in voller Gang und beschäftigen gegen 2000 Arbeiter. Es wurde bestimmt, daß die jetzt beschäftigten Arbeiter 42 Tage arbeiten, worauf eine zweite Partie deren Stelle einnehmen wird. Die erste Schicht wird dann wieder Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Arbeiter widersehentlich jedoch dieser Bestimmung; es ist noch unbekannt, welchen Lauf die Dinge nehmen werden. Das internationale Komitee hat Babianice eine zweite Anleihe von 1 500 000 Mk. für öffentliche Arbeiten bewilligt.

Ein gewisser A. Chmura bezahlte an der Stadt Kasse einige hundert Mark, unter denen der Kaiser einen falschen 50-Markschein entdeckte. Chmura nahm den Schein bereitwillig zurück. Nach dem Weggang Chmuras entdeckte der Kaiser unter dem Gelde noch einen falschen 100-Markschein. Der zurückgerufene Chmura leugnete jedoch diesen Falscheschein eingezahlt zu haben. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet, um die Hersteller dieser Scheine zu ermitteln.

**Brzeziny.** Eine Abteilung des polnischen Roten Kreuzes wurde hier ins Leben gerufen. Dieser Tage fand unter dem Vorsitz des Vertreters des Kommissars des Brzeziner Kreises, Herrn Thaddäus Majewski, die Organisationsversammlung statt. Es haben sich bisher 58 Mitglieder einschreiben lassen. Der Jahresbeitrag beträgt 20 Mark. In die Verwaltung wurden gewählt: Pfarrer Jg. Domrowski aus Koszlichti, Herr Th. Majewski, Dr. M. Stodoliewicz, Frau Wanda Świecka aus Brzeziny und Frau Ezeslawa Otawa aus Omosin und als Vertreter: Dekan W. Kalicki, Fr. G. Cyganka aus Brzeziny und Pastor May aus Tomaszow.

**Kleider für Arme.** Der Magistrat erhielt 8 Ballen Kleider, ein Geschenk amerikanischer Polen. Die Verteilung unter der ärmsten Bevölkerung wird demnächst erfolgen.

**Desinfektion.** In der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Juli wurden von der jüdischen Desinfektionsfirma 40 Wohnungen desinfiziert, 58 Kranke wurden aus den Wohnungen nach den Hospitälern befördert, außerdem wurden 310 Zivilpersonen und 1360 Soldaten entlaufen.

**tödlicher Unfall.** Am vergangenen Dienstag ereignete sich ein Unfall. Der 12-jährige Vincenty Szwieki machte sich an dem in der Kolonie Tarcz befindlichen offenen und moschenen Brunnen zu schaffen und fiel hinein. Das Wasser war seicht, doch gaben die moschenen Bretter nach und der Knabe wurde verschüttet. 15 Minuten später wurde er als Leiche geborgen. Der Brunnen gehört dem Hausbesitzer St. Bialek.

**Richter Lynch.** In diesen Tagen wurden im Dorfe Glinki dem Landwirt Jan Iskierka Gänse gestohlen. Im Dorfe Wilanow bei Tomaschow begegnete er einen ihm unbekannten Manne, der seine Gänse in einem Sack trug.

(Schluß in der morgigen Ausgabe.)

Als er den rechtsmäßigen Besitzer der Gänse sah, ergriff der Dieb die Flucht. Iskierka nahm seine Verfolgung auf und versetzte ihm einen Schlag mit dem Stock, daß er tot zusammenbrach. Der Dieb hieß P. Walewski und war 28 Jahre alt.

Die freiwillige Feuerwehr veranstaltet am Sonntag zur Stärkung ihrer Kasse auf der Wiese des Herrn L. Müller in Ruderyna ein großes Vergnügen mit Überraschungen.

## Aus dem Reiche.

**Kalisch.** Erhöhung der Schnapspreise. — Verminderung der Zuckerration. Dieser Tage sind hier die Monopol-Schnapspreise erhöht worden; die Flasche Spiritus kostet jetzt 29 Mk. (früher 19 Mark), Schnaps 15 Mk. (früher 10 Mk.). Ob diese Maßnahme zur Bekämpfung der Geheimbrennerei beitragen wird? — Die festgesetzte Menge Zucker von 12 Lot wurde inmitten der Kartensperiode plötzlich auf 8 Lot herabgesetzt. Die Hausfrauen machen sich gegen diese Maßregel in Worten Lust, zumal jetzt die Einlegezeit beginnt, und wiesen auf die Menge Iris und Bonbons hin, die an jeder Haustüre zum Verkauf stehen und doch blos der Nascherei dienen.

## Reichstag.

79. Sitzung. 17. Juli.

(Siehe auch 1. Seite.)

Nach Verlesung der Interpellationen schritt der Reichstag zur weiteren Beratung über den Staatshaushaltssatzplan.

Abg. Stapski machte für den schlechten Zustand unserer Wirtschaft vor allem den Finanzminister verantwortlich, worauf er feststellte, daß die Beamtenarmee viel zu zahlreich sei, daß der Staat die Kosten ihrer Erhaltung nicht tragen könne und daß Ministerien vorhanden seien, die man sich unter den heutigen Verhältnissen nicht leisten. Redner kritisierte gleichfalls scharf die Organisation der Behörden. Der Marschall schlug vor, Generalredner zu wählen und brachte den Abg. Rosett "für" und den Abg. Diamand "gegen" in den Betracht.

Abg. Rosett bespricht die Schwierigkeiten, die auf die ungünstige Gestaltung des Budgets eingewirkt haben und wies u. a. auf die vom Reichstag beschlossene Verstaatlichung der Wälder hin, die der Regierung eine Ausgabe von 20 Millionen einbringe, was natürlich das Gleichgewicht des Budgets erschüttern und die Kreditfähigkeit des Staates vermindern müsse. Redner verteidigte die Stellungnahme des Finanzministers zur Valutfrage. Die Stellung des Ministers sei äußerst schwierig, da er nicht nur um den polnischen Gulden kämpfen, sondern sich auch um die bankrottierte österreichische und russische Währung kümmern müsse. Was das Budget anbelange, so sei es schwer dieses in einem Augenblick aufzufassen, da die Industrie stillliege. Redner kritisierte weiterhin die Tätigkeit der Minister für Arbeit und öffentliche Arbeiten und trat gegen die Monopole auf. Es sei nötig, die Industrie und den Handel zu beleben; diejenigen, denen die Inbetriebsetzung der Industrie am Herzen liege, dürfen jedoch die Einheimischen und Fremden von der Industrie nicht abschrecken, indem sie mit der Sozialisierung der Fabriken drohen.

Gesundheitsminister Janiszewski polemisierte mit den gestreiften Ausführungen des Abg. Daszynski und stellte fest, daß dem Ministerium durch das Dekret vom 4. April die gesamte öffentliche Fürsorge übergeben wurde. Was das Gesundheitsministerium selbst anbelange, so werde in den nächsten Tagen beschlossen werden, ob das Ministerium weiterhin bestehen oder aber einem anderen angeschlossen werden soll. Was den Vorwurf des Abg. Daszynski anbelange, das Ministerium verausgabe ohne Kontrolle Missionen, so sei es unbegründet. Sämtliche Kinderfürsorge-Gesellschaften wurden vom Ministerium streng kontrolliert.

Abg. Diamand nannte das Budget eine Direktive der Regierung zur Verwendung der Dispositionsfonds. Redner erklärte, daß die Regierung ohne Wissen und Einverständnis des Reichstages verschiedene große Ausgaben mache und stellte fest, daß nur der Reichstag in der Republik Polen die Gemalt darstelle. Die Regierung sei lediglich die Polizeiherren der Bevölkerung des Reichstages, sie selbst könne keinerlei Gesetze schaffen. In dieser Richtung habe die Regierung einen grundsätzlichen Fehler in der Auffassung ihrer Stellung begangen. Redner drückte die Hoffnung aus, daß der ganze Reichstag seine Rechte verteidigen werde. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte Redner fest, daß das Defizit viel größer sei, als das Budget dies aufweise.

Dieses berücksichtige nicht die Ergänzungskredite, die vom Reichstag hauptsächlich für Heereszwecke bewilligt wurden, und den offenen Kredit für Auslandskäufe. Redner besprach ferner die Bahn- und Schulfragen und bemerkte, daß trotz allerdem unsere Aussichten für die Zukunft nicht schlecht seien, denn die mangelhaften Einkünfte des Staates seien keine Folge unserer Steuerschwäche, sondern resultieren aus der Finanzpolitik des Finanzministeriums. Zum Schlüsse seiner Ausführungen bekämpfte Redner den Grundsatz, daß die Finanzwirtschaft auf den mittelbaren Steuern beruhen müsse.

(Schluß in der morgigen Ausgabe.)

## Letzte Nachrichten.

Der Sieg in Galizien.

Warschau, 17. Juli. (P. A. T.) Gestern wurden Bazar, Skalat und Boleścze genommen. Heute wurde Husiatyn besetzt. Es wurden 1200 Gefangene gemacht, ein Geschütz, mehrere Maschinengewehre, mehrere hundert Gewehre, 6 Lokomotiven, 84 Waggons und Telephonmaterial erobert.

Um Polens Grenzen.

Posener Bericht vom 17. Juli.

Front: Bei Dembina wurde eine deutsche Patrouille abgewiesen. Sonst der übliche Feuerkampf.

Westfront: Im allgemeinen ruhig.

Südfront: Bei Solendica Minenwerferfeuer. In der Gegend von Szegi und bei Rietina wurde eine deutsche Patrouille abgewiesen. Unsere Verluste im Laufe der 24 Stunden betrugen zwei Verwundete.

Broczynski, Generalleutnant, Chef des Stabes.

Bela Kun beschlagnahmt die Bankdepots.

Paris, 16. Juli. (P. A. T.) Bela Kun ordnete die Herausgabe der in den ungarischen Banken befindlichen Depots an. Die Ententestaaten haben dagegen Einspruch erhoben.

Der Kaiser von Japan gegen die Verfolgung Wilhelms II.

Berlin, 16. Juli. Das "Hamburger Fremdenblatt" berichtet von der italienischen Grenze: Wie der Korrespondent des "Secolo" erfährt, ist der Kaiser von Japan gegen die Auslieferung Wilhelms II. und gegen das geplante Gerichtsverfahren.

Zur Belästigung französischer Offiziere in Berlin.

Nach Mitteilungen der französischen Gesandtschaft in Berlin sollen die Belästigungen und die Erdolzung des französischen Serganten Manheim infolge der seitens der Altdutschen betriebenen Hege erfolgt sein. In der Umgegend von Dranenbaum wurden zwei französische Offiziere von deutschen Soldaten auf der Straße überfallen, wobei der eine Offizier gezeigt und ihm zugesetzt wurde: "Du hast du's, du Schwein!" In diesem Augenblick sammelte sich eine große Volksmenge an, die den Franzosen gegenüber eine feindselige Haltung annahm, so daß die Offiziere in ein Hotel flüchten mußten.

100 000 Mk. für den getöteten Sergeant.

Paris, 17. Juli. (P. A. T.) Der "Freiheit" zufolge nennt der Mörder des französischen Quartiermeisters Sergeant Manheim sich Kugeln. Die Lungen des Getöteten wurden von einem Bajonettschlag durchbohrt. Marschall Foch verlangte von der deutschen Regierung für die Familie des Getöteten eine Entschädigung von 100 000 Mk., welch hohe Summe gleichzeitig vor weiteren Ausschreitungen ähnlicher Art als Warnung dienen soll.

Deutscher Staats-Kommissar für das Okkupationsgebiet.

Nauen, 17. Juli. (P. A. T.) In einer Clemenceau gerichteten Note der deutschen Regierung wird mitgeteilt, daß Regierungsrat Stach zum Staatskommissar für die okkupierten Gebiete ernannt wurde. Seine Aufgabe wird die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Kommissionen der Verbündeten in Köln, die Frankreich, England, Amerika und Belgien vertreten seien. Eine andere Note betrifft die Bildung von Kommissionen für Copen und Malmédy, die an Belgien abgetreten werden sollen, und zur Verwaltung des Saargebietes.

Nauen, 17. Juli. (P. A. T.) Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" erfährt aus Versailles, daß die Verhandlungen von Seiten der Entente die Tendenz weitmöglichster Verständigung enthalten. Die Gegenseite ist der Ansicht, daß der Friedensvertrag äußerst genau ausgeführt werden müsse.

Explosionunglück.

Berlin, 17. Juli. (P. A. T.) In Hohenhöhausen bei Berlin explodierten gestern große Munitions- und Pulverbörte. Der Schaden ist riesengroß. Es sind Menschenleben zu beklagen.

Ein Kompromiß.

Nauen, 15. Juli. (P. A. T.) Die lange Debatte zwischen den Mehrheitssozialisten und dem Zentrum, die mit einem Konflikt drohte, ist günstig beschlossen worden. Das Zentrum stellte zur Bedingung, die Erhaltung der Pfarrschulen und des Religionsgottesdienstes in den Schulen, wofür sie sich bereit erklärt, die Regierung zu unterstützen. Die Debatte berührte auch den § 18 der Verfassung, der die Möglichkeit einer neuen Einteilung Deutschlands betrifft. Die Sozialisten waren dagegen. In der Schulfrage einigte man sich auf einem Kompromiß, wobei die Sozialisten die Frage der Religion einstweilen verwerfen. Die sozialistische Presse bepricht dieses Kompromiß mit Empörung. Das "Berliner Tageblatt" schreibt, daß die Sozial-

demokratie sich bald überzeugen werde, daß für das Zentrum der kleine Finger soviel bedeutet wie die ganze Hand.

Das Ende der österreichischen Eisenbahnen. Prag, 17. Juli. (P. A. T.) Die Fachkommission beschloß das gesammelte Eisenbahnmaterial des ehemaligen österreichischen Staates unter den neu entstandenen Nationalstaaten entsprechend zu verteilen.

Die italienischen Eisenbahner wollen nicht streiken.

Rom, 17. Juli. (P. A. T.) Die italienischen Eisenbahner haben sich gegen die Teilnahme an dem für den 20. und 21. d. M. angekündigten Ausstand ausgesprochen. Sie fordern alle italienischen Eisenbahner auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Die Ereignisse in Fiume.

Prag, 17. Juli. (P. A. T.) Der Rat der Fünf hat beschlossen, in der Angelegenheit der Ermordung der französischen Soldaten in Fiume keinerlei Schritte zu ergreifen, sondern sie von Italien und Frankreich erledigen zu lassen.

Die Steuerung in Paris.

Paris, 16. Juli. (P. A. T.) Der Minister hat über die Mittel beraten, die zur Belästigung der Steuerung zu ergreifen sind. Die Regierung wird neue Preise festsetzen und deren Befolgung überwachen.

Ein Nobelpreisträger gestorben.

Nauen, 17. Juli. (P. A. T.) Der bekannte deutsche Chemiker Fischer, ein Nobelpreisträger, ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

## Wirtschaftliches.

Aufforderung zur Teilnahme am Lyoner Herbstmarkt. Das Ministerium für Handel und Industrie gibt bekannt, daß die Exposition des Pariser und Lyoner Marktes sich an die polnische Wirtschaftsdelegation mit dem Vorschlag gewandt hat, daß die polnischen Industrie- und Handelskreise am Lyoner Herbstmarkt sich beteiligen möchten. In Anbetracht dessen, daß die Beteiligung der Tschechen, Jugoslawen und Rumänen am genannten Markt seitlich, wobei die Nichtbeteiligung des Auslands über unseres Handels und Industrie nachteilig beeinflussen. Es wäre wünschenswert, daß entsprechende Kreise sich dieser Angelegenheit annehmen und eine bedeutende gemeinsame Aktion ins Leben rufen, um sich am genannten Markt recht zahlreich zu beteiligen. Die nötigen Informationen erteilt die Handelsabteilung des Ministeriums für Handel und Industrie, Warschau, Elektoralna 2, von 10—1 Uhr mittags.

Dreiteilung der Aktiengesellschaft für chemische Industrie. In der außerordentlichen Generatversammlung der Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Berlin wurde im Hinblick darauf, daß sich die Betriebe der Gesellschaft zum Teil in Deutschösterreich, zum Teil in tschecho-slowakischen Republik und zum Teil im jugoslawischen Staat befinden, der Beschluß gefasst, die Gesellschaft in drei selbständige Aktiengesellschaften zu teilen, und zwar eine mit dem Sitz in Prag, eine mit dem Sitz in Laibach und eine mit dem Sitz in Wien.

## Warschauer Börse.

Warschau, 17. Juli.

17. Juli.	16. Juli.
6% Pfand. der Stadt Warschau 1915/18	
6% Pfand. St. Warsch. 1917 auf M. 100	
5% Pfand. der Agrarbank auf M. 100	
4 1/2% Pfandbriefe der Agrar. A. und B.	186.50—75—187 —25—186.50
4 1/2% Pfandbriefe der Agrar. A. und B.	186.50-25-00 205.75-50-25
5% Pfandbriefe der St. Warschau auf M. 1000	

